

Leipziger Tageblatt

und
Handels-Zeitung

Abend-Ausgabe

115. Jahrgang

Bezugspreis: für Leipzig und Umgegend monatlich 1.20, vierteljährlich 3.60, halbjährlich 6.80, jährlich 12.80. Ferner 10% Postzuschlag. Ausland: monatlich 1.80, vierteljährlich 5.40, halbjährlich 10.20, jährlich 19.20. Ferner 10% Postzuschlag. Einzelnummern 10 Pf.

Das Leipziger Tageblatt tritt in die amtlichen Bekanntmachungen des Reichs und des Polizeipräsidenten der Stadt Leipzig, des Handelsgerichts Leipzig, sowie verschiedener anderer Behörden.

Anzeigenpreis: für Leipzig und Umgegend die erste Zeile 1.20, die zweite 1.00, die dritte 0.80, die vierte 0.60, die fünfte 0.50, die sechste 0.40, die siebente 0.30, die achte 0.20, die neunte 0.15, die zehnte 0.10. Ferner 10% Postzuschlag. Ausland: die erste Zeile 1.80, die zweite 1.60, die dritte 1.40, die vierte 1.20, die fünfte 1.00, die sechste 0.80, die siebente 0.60, die achte 0.40, die neunte 0.30, die zehnte 0.20. Ferner 10% Postzuschlag.

Nr. 103

Montag, den 28. Februar

1921

Militärische Vorbereitungen in Sowjetrußland

Von einem zuverlässigen Gewährsmann wird uns geschrieben:

In Riga ist die Nachricht eingetroffen, daß bis zum Sommer eine rote Reiterarmee in Stärke von einer halben Million Mann gebildet werden soll. Desflich von Danzig in den Gouvernements Charkow und Poltawa wird eine neue Reiterarmee in Stärke von 200 000 Mann organisiert, desgl. in den Gouvernements Jaroslaw und Nowgorod eine solche von 120 000 Mann. Die neuen Reiterarmeen werden hauptsächlich aus Kirgisen, Kasachen, Tschirkesen und Tschetschenen gebildet. Die besondere Aufmerksamkeit werden die Volkswaffen der Artillerie. Fast alle arbeitenden Fabriken produzieren Artilleriebedarf. Als Neuerung hat man begonnen, aus besonders überausgen Kommissarien besondere Armeen zur Unterdrückung von Aufständen aufzustellen.

Streikbewegung in Moskau

Moskau, 27. Februar. Die Welt-Telegraph-Agentur veröffentlicht eine Meldung über Moskau: Die Arbeiter der Eisenbahn der Staatsverwaltung sind vor die Fabriken gezogen mit der Aufforderung, wirtschaftliche Forderungen zu stellen und die Einberufung der Kommission und die Wiedereinführung des Streikhandels zu verlangen. Die Kommissarien hätten sich geweigert, die Demonstration zu gestatten. Die herbeigerufenen Kommissarien hätten gefordert, daß mehrere Personen erschossen oder verurteilt. Einige Kommissarien von Moskau seien mobilisiert. Der russische Vertreter in Lestland, Hanedl, widerspricht dieser Nachricht, gab aber zu, daß Demonstrationen veranstaltet worden seien, bei denen die Arbeiter die Einberufung der Kommission gefordert hätten. Ein offizielles Radio-Telegramm aus privater Quelle bestätigt die Schließung und Unruhe; doch seien sie durch drakonische Maßnahmen der Kommissarien völlig unterdrückt worden, und in Moskau herrsche wieder Ruhe.

Der Goldraub an Oesterreich

Wien, 28. Februar. Die Pariser Wiedergutmachungskommission hat, ohne die Ankunft und die Erklärung der nach Paris entsandten Vertreter der österreichischen Regierung abzuwarten, den Nachfolgestaaten und dem Liquidator in der Angelegenheit des Goldraubes der Oesterreichisch-Ungarischen Bank recht gegeben und der österreichischen Regierung den Auftrag erteilt, sofort und unverzüglich den Anordnungen des Liquidators Folge zu leisten und den Nationalstaaten 65 Millionen Kronen aus dem Goldschatz der Bank und die Schlüssel des Goldtresors dem Liquidator einzuhandigen.

Die österreichische Regierung hat bei den Regierungen in Paris, London und Rom telegraphisch und schriftlich gegen diese Entscheidung Einspruch erhoben. Sollte der Oberste Rat wider Erwarten die Auffassung der Wiedergutmachungskommission teilen, so wird die österreichische Regierung an den Völkerbund appellieren.

Die Anschließungsabstimmung in Tirol

Wien, 28. Februar. Der Tiroler Landtag hat den Antrag der Parteiführer, die Anschließungsabstimmung auf den 24. April zu verlegen, angenommen. Es wird nur eine Frage zu beantworten sein, die folgendermaßen lautet: Wird der Anschluß an das Deutsche Reich gefordert? — Wie einer der Führer der Anschließungsbewegung erklärte, handelt es sich hierbei nicht um die Beantwortung einer Tat, sondern nur um den Ausdruck eines Begehrens. Dadurch wollen die Tiroler jeden Versuch der Entente ausschalten, die Abstimmung zu verhindern. Ähnliche Beschlüsse liegen auch aus dem Oberösterreichischen und im Salzburg-Landtag vor.

Die Verhandlungen über Westungarn ergebnislos

Wien, 28. Februar. Die in Wien geführten Verhandlungen mit den Vertretern der ungarischen Regierung wegen Westungarns sind ergebnislos geblieben. Da Ungarn die Auffassung vertritt, daß nach der Wiedereinnahme zum Friedensvertrag von Trianon weitgehende territoriale Veränderungen gegenüber dem im Friedensvertrag von St. Germain festgesetzten Grenzverlauf möglich wären. Demgegenüber vertritt die österreichische Regierung den Standpunkt, daß die Verhandlungen sich lediglich auf die Beschaffung der technischen Übergabe des Burgenlandes zu beziehen haben.

Wien, 28. Februar. 'Berzi Lissa' meldet, daß in den letzten Tagen in das Oedenburger Komitat zwei Bataillone des Fremdenlegationsregiments entsandt wurden. Die Soldaten machen kein Geheimnis daraus, den Befehl erhalten zu haben, die Anschließungsbewegung unter der deutschen Bevölkerung mit allen Mitteln zu unterdrücken.

Das Transitabkommen zwischen Deutschland, Polen und Danzig vor dem Völkerbund

Paris, 28. Februar. Der Völkerbundsrat beschloß in seiner gestrigen Sitzung mit dem Abkommen über den Durchgangsverkehr zwischen Dänemark und dem übrigen Deutschland durch den Danziger Korridor und über den Durchgangsverkehr zwischen Polen und Danzig auf dem rechten Weichselufer. Der Vertrag zwischen Danzig und Polen sieht für den Fall von Schwierigkeiten vor, daß die freie Stadt Danzig sich über diese Frage äußern kann. Der Vertreter von Danzig macht nun geltend, daß eine solche Bestimmung der Stadt Danzig nach dem Artikel 44 der Danziger Verfassung die Annahme eines Gesetzes im Danziger Parlament voraussetze. Das hätte zur Folge, so wird im amtlichen Kommuniqué gesagt, daß der Abschluß des erwähnten Transitabkommens verzögert würde. Der Völkerbundsrat hat nun den Völkerbundsrat ersucht, dafür zu sorgen, daß noch vor der endgültigen Annahme der Danziger Verfassung

der Artikel 44 abgeändert wird, und zwar in dem Sinne, daß die im Gange befindlichen Verhandlungen nicht unmöglich gemacht würden.

Frankenpropaganda im Saargebiet

Saarbrücken, 28. Februar. Im Saargebiet hat eine neue Frankenkampagne eingesetzt, die von frankophiler Seite mit größter Schärfe und äußerster Rücksichtslosigkeit geführt wird. Sie hat zum Ziele, die Eisenbahner der Saar-Eisenbahnen und die Beamten des Saargebietes zur Annahme der Frankennäherung zu zwingen. An der Propaganda beteiligen sich auch die Mitglieder der Regierungskommission, die den Vertretern der Eisenbahner und der Saarbeamten erteilt haben, eine Erhöhung der Gehälter und Löhne in deutschem Gelde herbeizuführen; doch würde sie ohne weiteres gestrichelt werden, wenn man sich für den Franken erkläre. Weiter haben sich die Eisenbahner und Beamten mit großer Rücksicht gegen den Franken ausgesprochen. Seltener wird von interessierter Seite die Frankenkampagne in schärfster Form betrieben. An erster Stelle steht hierin das französische Propagandabüro 'Revue Saarkurier', das jetzt täglich zu beweisen sucht, welche große wirtschaftliche Vorteile die Frankennäherung gegenüber den Markensängern haben würden. Doch es hat dabei nicht sachlicher Erörterungen, sondern in erster Linie gehässiger Verleumdungen und ungläublicher Denunziationen bedient, bemerkt ein Eingefasener in dem genannten Blatte, in dem behauptet wird, im Saargebiet bestehe eine Geheimorganisation gegen die Frankennäherung, die ihre Tätigkeit durch geheime Versammlungen, geheime Verteilung von Schriften usw. ausübe. Der Hauptzweck dieser Geheimorganisation gäbe die Überzeugung, daß die Frankennäherung die Interessen der Arbeiter, der Beamten, der höheren Beamten, Redakteure und Vertreter der Industrie und des Handels an. An der Hauptführung dieser Organisation blühe auch ein Vertreter der deutschen Regierung teilgenommen.

Die W. T. Z. hierzu von zuständiger Seite erfährt, ist die Behauptung des 'Neuen Saarkuriers' in Saarbrücken, ein Vertreter der deutschen Regierung habe einer Sitzung der Geheimorganisation in Saarbrücken beigewohnt, unaufrichtig. Von dem Befehlen einer Geheimorganisation ist an zuständiger Stelle auch nichts bekannt. Sie wäre auch überflüssig, da nach den Bestimmungen des Friedensvertrages die Agitation gegen die Frankennäherung offen betrieben werden darf und auch offen betrieben wird.

Die Frage eines arabischen Königreiches unter englischem Protektorat

London, 27. Februar. 'Daily Telegraph' schreibt: Es verläuft, daß Churchill sich nächste Woche in Begleitung von Vertretern des Kolonial- und Kriegsministeriums nach Bagdad begeben wird. Der Zweck seiner Reise ist, eine Untersuchung der gegenwärtigen Lage in Mesopotamien vorzunehmen. Churchill wird in Bagdad mit Sir Percy Cox und General Lawrence, dem Befehlshaber der Streitkräfte in Mesopotamien, zusammentreffen.

London, 28. Februar. Die Reise des neuen englischen Kolonialministers Churchill nach Mesopotamien soll zum Zweck haben, mit dem Kaiser als König eines arabischen Reiches einzusetzen. Churchill soll der Ansicht sein, die Errichtung eines unabhängigen arabischen Königreiches entspräche am besten den Interessen der englischen Politik in Mesopotamien. Es bedarf nur der Einsetzung eines Königs, dessen Freundschaft für England sicher ist. Churchill soll bei seiner Reise von dem bekannten orientalischen Oberst Lawrence begleitet sein, der jetzt der arabischen Abteilung des außenpolitischen Ministeriums zugewiesen ist. Lawrence hat im Jahre 1917 mit König Abdallah den Kampf gegen die Türken organisiert und genießt bei den Arabern große Gunst.

England als Vermittler in der Kabeifrage

Washington, 27. Februar. Wie die Associated Press erzählt, wurde der britische Botschafter beauftragt, einen Versuch zur Vermittlung zwischen der amerikanischen und der japanischen Regierung hinsichtlich der Frage der Kabei im Stillen Ozean zu unternehmen.

Amerikas Rüstungen

Washington, 28. Februar. Die Senatsausschüsse für Heer und Marine haben auf Veranlassung von sachverständigen Offizieren gegenüber dem bisherigen Vorschlag sich für eine größere Personalmstärke, und zwar im Heere für 175 000 Mann und in der Marine für 120 000 Mann, ausgesprochen. Das Marinekorps der Vereinigten Staaten soll in Zukunft eine Personalmstärke von 24 000 Mann erhalten.

Die Einwanderung nach Amerika

Washington, 28. Februar. Das Repräsentantenhaus hat das vom Senat genehmigte Einwanderungsgesetz angenommen. Danach wird vom 1. April an für die Dauer von 15 Monaten die Zahl der Einwanderer jeder Nationalität auf 3 Prozent der Ausländer gleicher Nationalität festgesetzt, die zur Zeit der Volkszählung von 1910 sich in den Vereinigten Staaten niedergelassen hatten.

Verminderung des Beamtenkörpers

Berlin, 28. Februar. Wie B. T. von zuständiger Seite erfährt, wird der Gehaltentwurf über die Festsetzung des Reichsausgabeprogramms eine Bestimmung enthalten, nach der von den planmäßigen Beamtenstellen im Falle ihres Freiwerdens nur jede zweite Stelle besetzt werden darf, bis ein Viertel der Stellen der gleichen Stellung fortgefallen ist. Ferner wird in dem Gesetz bestimmt, daß die Stellen für Ministerialräte, Ministerialamtsmänner, Ministerialoberregistrator, Reichsgerichtspräsidenten u. dergl. in Stellen niedrigerer Beamtungsgruppen zurückgebildet werden. Eine starke Personalvermehrung wird der Rechnungshof des Deutschen Reiches erfahren wegen der Übernahme der Eisenbahnverwaltung, der bayerischen und württembergischen Post- und Finanzverwaltung auf das Reich und wegen des bevorstehenden Ueberganges der Wasserstraßen auf das Reich. Die Rollen für die Personalvermehrung sollen aber erst in einem Nachtragset für 1921 angefordert werden.

Gedankengänge vor London

Des Außenministers und seiner Mitarbeiter Fahrt nach London ist zweifellos etwas, was man 'einen schweren Gang' nennt, und sollte von jedem denkenden Deutschen mit eigenen und besonderen Gedanken begleitet werden. Die öffentliche Diskussion der Pariser Beschlüsse in England und Frankreich hat ganz unzweifelhaft erwiesen, daß man dort einen Weg zu ihrer Realisierung nicht kennt. Ein wirres Durcheinander von Zeitungsartikeln und Reden hat im Gegenteil eine derartige Ratlosigkeit entfacht, wie man sie eigentlich kaum für möglich gehalten haben sollte, denn schließlich spielen die Männer, die in Paris verantwortlich zeichneten, doch, abgesehen vom Schicksal ihrer Völker, auch mit ihrer eigenen politischen Zukunft. Eigenartig zeigt sich der Ministerzeichner Molloy; seine öffentliche Meinung protestiert gegen die Pariser Beschlüsse, und doch ist seine Regierung hilflos an sie gebunden. Amerikas entscheidende Stimme hat noch nicht gesprochen — so bleibt Raum genug für klare, präzise deutsche Vorschläge...

Das Datum des Beginns der Konferenz, d. h. der 1. März, ist vom deutschen Standpunkt aus betrachtet so eigentümlich gewählt, daß eine spätere Gedächtnisschrift sich darüber lustig machen wird. Am 4. März begannen ein neuer Präsident und eine neue Regierung im reichsten und mächtigsten Lande der Welt, das den Krieg entschieden hat, ihre Tätigkeit, und zwar mit ganz unzweifelhaft den Pariser Entschlüssen entgegengekehrten Tendenzen. Die Deutschen haben aber weder auf Datum noch auf Tendenzen zunächst irgendwelchen Einfluß und müssen die Ereignisse abwarten. Die Ausrufung der Tage in London am 5. oder 6. März mit der Veröffentlichung der Botschaft des neuen amerikanischen Präsidenten an sein eigenes Volk und an die ganze Welt wird ein recht interessantes politisches Ereignis werden.

Die für alle großen Verhandlungen wird auch die 'Ultimogrenze' der Konferenz von London sehr wichtig für ihren Ausgang sein. Augenblicklich unterhält man sich dort schon über den Orient, und ohne besondere Drohpensage läßt sich vorhersehen, daß eine endgültige, alle Teile befriedigende Regelung in dieser Angelegenheit keinesfalls getroffen werden wird. Passiver Widerstand auf der einen Seite, Mißgunst und sehr lange Sicht gesteckte Ziele andererseits arbeiten gegen- und nebeneinander. Anders als im Laufe der Jahrhunderte gehen Lärken und Hasen im Orient zusammen, aber ebenso, wie seit jeher, arbeiten Frankreich und England gegeneinander. Solches muß schließlich ein neues Weltbild ergeben.

Vor Eintritt in die Diskussion der Orientfragen fiel die Entscheidung zugunsten der einheitlichen Abstimmung aller Oberbefehlshaber am 20. März. Unverhüllt ergeben sich aus den Kommentaren der englischen und der französischen Presse hierüber zwei Dinge: Einmal ein Zurückweichen Frankreichs, und zweitens die Tatsache, daß die Pariser und Londoner Herren endlich eingesehen haben, daß ohne baldige Regelung der oberirdischen Frage deutsche Reparationsleistungen ein noch größeres Wahngelbde sind als ohne sie. Im ganzen ist die Festlegung der Abstimmung auf den 20. März ein für Deutschland erfreuliches Moment. Kein Zweifel, daß ganz Oberdeutschland bei Deutschland bleiben wird, falls die Abstimmung gesichert erfolgt, und falls ferner die Abstimmungsergebnisse von unseren Gegnern nicht umgekehrt werden. Stimmungsgemäß könnten also die Tage bis zum 1. März auf die französischen Unterhändler leicht ungünstig einwirken; bleibt die Hoffnung, daß das 'Week-end' vom 26.—28. Februar, das angeblich der französische und der englische Ministerpräsident gemeinsam in kräftiger Landluft verbringen werden, eine etwaige Verstimmung auf französischer Seite wieder ausgleicht.

Die Pariser Beschlüsse haben erneut bewiesen, daß zwar die englische Politik aus eigenem Interesse heraus eher als die französische geneigt ist, deutschen Lebensnotwendigkeiten Rechnung zu tragen, daß sie aber keinesfalls gewillt ist, zugunsten eines besseren Verhältnisses zu Deutschland die Entente mit Frankreich zu lockern, oder, anders ausgedrückt, auf die Ausnutzung Frankreichs gegen Deutschland zugunsten der englischen Politik zu verzichten.

Insmerhin besteht ein fundamentaler Unterschied im nationalen Charakter beider Völker. Das 'Schlagwort' spielt zwar auf beiden Seiten des Kanals eine große besondere Rolle in der Politik. Während es in England gebraucht wird zur Aufspaltung der Massen, zur Erzielung günstiger Wahlen für die jeweiligen Machthaber, und nach einiger Zeit, d. h. nachdem es seinen Dienst getan hat, regelmäßig seine Kraft verliert, weil politischer Instinkt und wirtschaftliche Kräfte neue Wege weisen, hat es in Frankreich eine genau entgegengesetzte Bedeutung und Wirkung. Dem französischen Charakter entspricht es, das einmal ausgesprochene Schlagwort so lange und so oft zu wiederholen, bis die ganze Nation sich wie um einen Felsblock am das Schlagwort dreht. Gedanken wir in den Jahren vor dem Kriege des Wortes 'Nouvel Esprit'; gedenken wir ferner der suggestiven Kraft des Wortes 'Victoire' während des Krieges, und gedenken wir schließlich der ungeheuren Macht des Wortes 'Le Boche payera tout'. Demas so wirkt heute das Wort: 'Sanktion'. Wenn die Vernunft aufhört, und wenn selbst die ersten Wirtschaftler Frankreichs nicht angeben können, wie die 226 Goldmillarden zusammen mit der 12prozentigen Anstehende aus Deutschland herausgeholt werden können, dann kommt dort der selbstschöpfende Trost des Wortes 'Sanktion', und jede weitere Diskussion ist ausgeschlossen. Kommt es also in London zu keiner Verständigung, dann muß das Verhängnis seinen Lauf nehmen und das deutsche Volk muß den Stoß der 'Sanktion' ausbaden. Der Stoß wird zweifellos letzten Endes auf den Urheber zurückfallen und den Wiederaufstieg des neuen Reichs an innerer Tüchtigkeit auch heute weit übertreffenden deutschen Volkes nicht endgültig kommen, — aber das deutsche Volk muß 'einig bleiben und treu'.

Der Außenminister hat in einer seiner süddeutschen Reden auch auf den Osten hingewiesen und die Behauptung aufgestellt, daß, ohne daß dieser nicht nur in den weltwirtschaftlichen Verkehr, sondern auch in den Güteraustausch mit Deutschland wieder eingereicht würde, dauernde große Leistungen von Deutschland nicht

1921

Leipzig
eine Sitzung in
Leipzig.

Leipzig
eine Sitzung in
Leipzig.

Leipzig
eine Sitzung in
Leipzig.

Leipzig
eine Sitzung in
Leipzig.

Leipzig
eine Sitzung in
Leipzig.

Leipzig
eine Sitzung in
Leipzig.

Leipzig
eine Sitzung in
Leipzig.

Leipzig
eine Sitzung in
Leipzig.

Leipzig
eine Sitzung in
Leipzig.

Leipzig
eine Sitzung in
Leipzig.

Leipzig
eine Sitzung in
Leipzig.

Leipzig
eine Sitzung in
Leipzig.

Leipzig
eine Sitzung in
Leipzig.

Leipzig
eine Sitzung in
Leipzig.